

**- Fortschreibung per 31.12.2016 -**

**Impressum**

Diana Gotthardt Sachbearbeiterin FD 20 Finanzen

Kerstin Martin Sachbearbeiterin FD 10 Organisation, IT & Personal

Susanne Pech Fachadministratorin FD 56

Sven Richter Fachdienstleiter FD 56 Asyl- und Ausländerangelegenheiten

**Stand**  31. Dezember 2016

**Vorbemerkung**

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichwohl für beiderlei Geschlecht.

Inhaltsverzeichnis

[**1. Ist-Analyse der Unterbringung 2015 und 2016 4**](#_Toc487549776)

[**2. Ist-Analyse der Kosten 2015 und 2016 8**](#_Toc487549777)

[**3. Maßnahmen zur Kostensenkung 17**](#_Toc487549778)

[**4. Fazit … 20**](#_Toc487549779)

**5. Tendenzieller Ausblick ………….……………………………………………………21**

**Abkürzungsverzeichnis/Definitionen**

AsylbLG - Asylbewerberleistungsgesetz

AsylVfG - Asylverfahrensgesetz

AufnahmeRL - Richtlinie 2013/33 EU des Europäischen Parlaments und des

Rates

AufnG LSA - Aufnahmegesetz des Landes Sachsen-Anhalt

FAG LSA - Finanzausgleichsgesetz

GFK - Genfer Konvention

GG - Grundgesetz

GU - Gemeinschaftsunterkunft

MI - Ministerium für Inneres und Sport

RdErl. - Runderlass

SAE - Stab außergewöhnliche Ereignisse

ZASt - Zentrale Aufnahmestelle für Flüchtlinge

BAMF - Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Das AufnG LSA definiert in § 1 Abs. 1 Pkt. 5, 6, 7 den Personenkreis nicht dauerhaft aufenthaltsberechtigter Ausländer wie folgt: „Asylbewerberinnen und Asylbewerber, ehemalige Asylbewerberinnen und Asylbewerber, die auf Grund rechtlicher oder tat­sächlicher Unmöglichkeit nicht abgeschoben werden können, unerlaubt eingereisten Ausländerinnen und Ausländern sowie Ausländer/-innen, die auf Grund einer Anord­nung des Ministeriums für Inneres und Sport nicht abgeschoben werden.“

# Ist-Analyse der Unterbringung 2015 und 2016

Seit Juli 2013 wird die Aufgabe der Unterbringung der nicht dauerhaft aufenthaltsberechtigten Ausländer in Eigenleistung durch den Landkreis Wittenberg erbracht.

Die folgenden Darstellungen geben zunächst Auskunft über die Entwicklung der Personenzahlen und über die Standorte der Unterbringung.

Die Personenzahlen für die Jahre 2015 und 2016 stammt aus der IT-Fachanwendung „OPEN/PROSOZ“ und beziehen sich auf Fall-/Personenzahlen, die Leistungen nach dem AsylbLG erhalten haben (per Stichtag zum jeweiligen Monatsende); wobei die Anzahl der unterzubringenden Personen leicht abweichen kann, da es Personen gibt, die eigene Mietverträge abgeschlossen haben.

Im Jahr 2015 wurden im Landkreis Wittenberg durchschnittlich 879 nicht dauerhaft aufenthaltsberechtigte Ausländer untergebracht; im Jahr 2016 waren es bereits 1069 unterzubringende Ausländer, mit sinkender Tendenz zum Jahresende.

An dieser Stelle wird darauf hingewiesen, dass das Land den Durchschnitt der nicht dauerhaft aufenthaltsberechtigten Ausländer quartalsweise ermittelt, und nicht wie in obiger Darstellung monatsweise. Die Zahlen weichen deshalb voneinander ab. Jeder Landkreis ist verpflichtet, dem Landesverwaltungsamt für diese Berechnung die im Leistungsbezug stehenden Personen quartalsweise zu übermitteln.

Für die Kostenerhebung nach dem Aufnahmegesetz sowie für die Ermittlung des Pauschalbetrages wurden vom Land durchschnittliche Personen-/Fallzahlen i.H.v. 1.041 zugrunde gelegt.

Die nachfolgende Grafik verdeutlicht die Entwicklung der Fallzahlen ab Januar 2015:

Die Unterbringung erfolgte an verschiedenen Standorten im gesamten Kreisgebiet. Durch den Landkreis Wittenberg wurden 351 Wohnungen per 31.12.2015 angemietet und 2 Notunterkünfte betrieben; im Jahr 2016 waren es bis zu 457 Wohnungen, 431 Wohnungen mit Stand 31.12.2016 und 3 Übergangswohnheime.

Im genannten Zeitraum sind Wohnungen bei Wohnungsgesellschaften, Großver- mietern, Privatanbietern und Kommunen angemietet worden.

Bereits im Jahr 2015 wurden infolge des massiven Flüchtlingszustroms eine Vielzahl weiterer Wohnungen angemietet und baulich für die Belegung hergerichtet.

In dieser Zeit ließen sich die Vermieter, auch die ortsansässigen Großvermieter potenziell geeigneter Wohnungen überwiegend auf Zeitmietverträge ein. Die Laufzeiten betragen mindestens 5 Jahre und maximal 10 Jahre.

Im Frühjahr 2016 trat eine Bürgerinitiative aus Vockerode an die Landesregierung mit dem Anliegen heran, eine Reduzierung der in Vockerode untergebrachten Flüchtlinge zu erreichen. Die Einwohner in Vockerode vertraten die Auffassung, dass bei ca. 1.300 Einwohnern eine Unterbringung von ca. 750 Flüchtlingen eine nicht zu bewältigende Aufgabe bei der Integration für diese Ortschaft darstellt, weder KITA-, Schul- und Arbeitsplätze in dem notwendigen Ausmaß vorhanden sind und auch Einkaufsmöglichkeiten und medizinische Betreuung nicht gegeben sind.

Der Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt forderte vom Landkreis Wittenberg eine deutliche Reduzierung des Bestandes an untergebrachten Flüchtlingen.

Entsprechend dieser Forderung wurde der Bestand an untergebrachten Flüchtlingen auf ca. 250 Personen reduziert. Im Gegenzug wurde an die Landesregierung die Frage nach der Erstattung der so geschaffenen Leerstandskosten herangetragen. Durch den Innenminister wurde geantwortet, dass der Landkreis Wittenberg sich mit der Sparkasse Wittenberg als Gläubiger des insolventen Eigentümers verständigen solle. Durch den Zwangsverwalter wäre der vorzeitigen Beendigung der Mietverträge unter Zahlung der vollen Mietzinsen bis Vertragsende noch im laufenden Jahr 2016 zugestimmt worden. Da für den Landkreis keine finanziellen resultieren, wurde eine „Abstandszahlung“ nicht geleistet. Im Falle einer weiteren Flüchtlingswelle stünden die Wohnungen in Vockerode als Notunterkunft zur Verfügung.

Mit Stand 31.12.2016 waren insgesamt 874 Personen in den vorhandenen Wohnungen und 270 Personen in den Übergangswohnheimen Wittenberg, Coswig / Anhalt und Gräfenhainichen untergebracht (Belegungsübersicht der nicht dauerhaft aufenthaltsberechtigter Ausländer sowie Personen mit einem Aufenthaltsstatus im Landkreis Wittenberg).

In den durch den Landkreis Wittenberg angemieteten und zur Unterbringung zur Verfügung gestellten Wohnungen waren zum Stichtag 31.12.2016 u.a. 300 Plätze durch Personen mit einem Aufenthaltstitel belegt. In den 3 Übergangswohnheimen waren nochmals 90 Personen mit Aufenthaltstitel untergebracht. Durch die Unterbringung von Personen mit einem Aufenthaltstitel waren zum Jahresende 2016 insgesamt 390 Plätze belegt. Personen mit Aufenthaltstitel können sich zwar grundsätzlich eigenen Wohnraum suchen und anmieten, allerdings ist der Wohnungsmarkt im Bereich der nach dem SGB II als angemessen geltenden Wohnungen nahezu ausgeschöpft, so dass auch weiterhin dieser Personenkreis in den Wohnungen des Landkreises Wittenberg wohnhaft bleiben wird. Insbesondere für Alleinreisende und Familien mit vielen Kindern ist es sehr schwierig, geeigneten Wohnraum zu finden. Der Wohnungsmarkt hält nicht genügend kleine bzw. sehr große Wohnungen entsprechend den Angemessenheitskriterien des Jobcenters bereit. Für einen Teil dieses Personenkreises kommt erschwerend hinzu, dass mit Zuerkennung von nur subsidiärem Schutz, Aufenthaltstitel von nur einem Jahr, auch seitens der Vermieter Zurückhaltung gegeben ist, weil ungewiss ist, wer ggf. für Nachzahlungen auf die Betriebskosten aufkommt.

# Ist-Analyse der Kosten 2015 und 2016

Nachfolgend soll auf die entstandenen Aufwands- bzw. Kostenpositionen näher eingegangen werden. Die Datenauswertung bezieht sich auf die Kosten- und Leistungsrechnung KLR.

|  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- |
| **Kontenbereich** | **Bezeichnung** | **KLR-Daten 2015 - € -** | **KLR-Daten 2016 - € -** | **KLR-Daten 2016** zzgl.20% Gemeinkostenzuschlag und QuerschnittsFD - € - |
| 50 | Personalaufwendungen/-kosten | 1.128.849,38 | 1.591.722,90 | 2.883.691,78 |
|  | Leistungssachbearbeiter nach AsylbLG |  |  | 622.149,82 |
|  | Sozialarbeiter |  |  | 653.467,85 |
|  | Wohnungsverwaltung |  |  | 757.265,87 |
|  | Hausmeister |  |  | 172.580,03 |
|  | sonstige |  |  | 678.228,22 |
| 51 | Versorgungsaufwendungen/-kosten |  |  | 0,00 |
| 52 | Aufwendungen/Kosten für Sach- und Dienstleistungen | 162.516,25 | 2.029.432,31 | 2.029.432,31 |
| 53 | Transferaufwendungen/-kosten |  | 23.769,98 | 23.769,98 |
|  | 533900+533901 - Leistungen nach AsylbLG+BuT | 4.083.683,47 | 5.070.452,10 | 5.070.452,10 |
|  | 533909 - Kaltmieten | 600.687,62 | 1.343.339,74 | 1.343.339,74 |
|  | 533909 - Betriebskosten | 704.313,70 | 1.455.040,47 | 1.455.040,47 |
|  | 533909 - Sachausstattung | 871.615,28 | 793.733,91 | 793.733,91 |
|  | 533909 - sonstiges | 316.625,11 | 1.706.239,08 | 1.706.239,08 |
|  | 533909 - Notunterbringung | 541.174,17 | 156.602,84 | 156.602,84 |
| 54 | sonstige ordentliche Aufwendungen/Kosten | 78.482,11 | 292.754,50 | 292.754,50 |
| 57 | Abschreibungen |  | 50.816,04 | 50.816,04 |
|  | **Gesamt** | **8.487.947,09** | **14.513.903,87** | **15.805.872,75** |
| *abzüglich realisierte Erträge* | | *11.771,72* | *1.651.073,92* | *1.651.073,92* |
| *anerkannte Aufwendungen im Rahmen der*  *Kostenerstattung* | | *8.177.790,50* | *12.933.704,13* | *12.933.704,13* |
| *Differenz* | | *298.384,87* | *-70.874,18* | *1.221.094,70* |
|  |  |  |  |  |
| Durchschnittliche Anzahl nicht dauerhaft aufenthaltsberechtigter Ausländer (aus der Fachanwendung „Prosoz“) | | **879** | **1069** | **1069** |
|  |  |  |  |  |
| Kosten je Asylbewerber (komplett) | | 9.656,37 | 13.577,09 | 14.785,66 |
| Tagessatz (komplett) | | 26,46 | 37,20 | 40,51 |
| Kosten je Asylbewerber (ohne Personalkosten der LeistungsSB AsylbLG) | |  |  | 14.536,89 |

Berechnung der Kosten je Asylbewerber anhand der quartalsweise ermittelten Personen-/Fallzahlen (Land)

|  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- |
| Durchschnittliche Anzahl nicht dauerhaft aufenthaltsberechtigter Ausländer **(Zahl vom Land)** | |  | **1041** | **1041** |
|  |  |  |  |  |
| Kosten je Asylbewerber (komplett) | |  | 13.942,27 | 15.183,36 |
| Tagessatz (komplett) | |  | 38,20 | 41,60 |

In obiger Tabelle verzeichnen sich analog der Vorjahresbetrachtung 2014/2015 erhebliche Kostensteigerungen im Vergleich des Jahres 2015 zu 2016. Auch hier liegt der Anstieg wiederum in allen Kostenpositionen (Personalkosten, den Sach- und Dienstleistungsaufwendungen, sonstige Kosten).

Dies ist mit der hohen Anzahl zu betreuender Ausländer/Flüchtlinge zum Jahresende 2015 (1.533 Personen) und Jahresanfang 2016 zu begründen. Aufgrund der Mitte des Jahres 2015 stetig gestiegenen Flüchtlingszahlen wurde für eine entsprechende Betreuung und Bearbeitung der Anträge mit Personal nachgesteuert. So waren 32 Stellen (meist befristet mit einer Laufzeit von 2 Jahren) per 31.12.2015 besetzt,3 weitere Stellen nahmen anteilig Aufgaben für die Abteilung wahr (Fachdienstleiter und Haushaltssachbearbeiter) und zusätzlich wurde der Abteilung ein fachlicher Berater auf Honorarbasis zur Verfügung gestellt.

Der Landkreis Wittenberg strebte zu jenem Zeitpunkt immer noch die vorrangige Unterbringung in Wohnungen an. Daher erfolgten im Jahr 2015 umfangreiche Wohnungsanmietungen.

Ende 2015 mietete der Landkreis Wittenberg 80 Wohnungen in Jessen (Elster), OT Holzdorf, zur Unterbringung von Flüchtlingen an. Die Wohnungen waren überwiegend nicht sofort bezugsfertig und mussten mit erheblichem finanziellem Aufwand hergerichtet werden. Die Liegenschaft hatte jahrelang leer gestanden. Dies zeigte sich auch bei der Herrichtung selbst auf einfachem Standard. Beispielsweise war die Heizung durch Frost geschädigt und dadurch auch der Fußboden, was sich aber erst bei der Erneuerung der Bodenbeläge zeigte. Insgesamt wurden hier bis 31.12.2016 ca. 1.445.000,00 Euro investiert in die Wiederherrichtung der Heizung, der elektrischen Anlagen, von Fußböden und die malermäßige Instandsetzung. Das Land Sachsen-Anhalt förderte investive Maßnahmen zur Herrichtung von Flüchtlingsunterkünften. Dem Landkreis Wittenberg wurden insgesamt für die Herrichtung der Wohnungen in Jessen (Elster) OT Holzdorf 1.046.771,81 Euro erstattet.

Es waren 351 Wohnungen per 31.12.2015 angemietet worden und 431 Wohnungen per 31.12.2016.

Da der Wohnungsmarkt im Jahr 2015 bereits ziemlich ausgeschöpft war und die Notunterkünfte geschlossen werden mussten, richtete der Landkreis auch 3 Übergangswohnheime her (siehe dazu Wirtschaftlichkeitsbetrachtung mit Stand per 31.08.2016). Die Unterkünfte in Gräfenhainichen und Coswig konnten relativ zeitnah eröffnet werden. Die kreiseigene Liegenschaft der ehemaligen Karl-Marx-Schule in Wittenberg konnte erst Ende 2016 in Betrieb genommen werden.

Aufgrund des jahrelangen Leerstandes mussten teilweise Fenster, sanitäre Einrichtungen und die elektrischen Anlagen erneuert sowie die malermäßige Herrichtung vorgenommen werden. Von den ca. 1.660.000,00 Euro Herrichtungskosten wurden durch das Land 1.040.369,84 Euro erstattet.

Bei der Herrichtung wurde bewusst auf den Einbau von Küchen verzichtet und sich bei der Versorgung der Flüchtlinge für einen Caterer entschieden. Hier hat sich gezeigt, dass trotz der Nichtauszahlung des im Bedarfssatz enthaltenen Anteils für Ernährung die Kosten des Caterings wesentlich höher gelegen haben und damit letztlich keine Alternative darstellen.

Der Landkreis Wittenberg hat sich 2015/2016 auf anhaltende Zuweisungen von Flüchtlingen eingestellt und wäre aufgrund vorstehender Ausführungen in die Lage versetzt gewesen, entsprechend seinem ursprünglichen Unterbringungskonzept, Flüchtlinge nicht in Notunterkünften, sondern weitestgehend dezentral in Wohnungen unterzubringen. Anstelle gleichbleibender Zuweisungszahlen bzw. Steigerungen waren die Zuweisungen ab dem 2. Quartal 2016 stark rückläufig, so dass hohe Leerstandskosten angefallen sind. Allein in Vockerode stehen nicht zuletzt aufgrund der Forderung des Landes Sachsen-Anhalt nach Reduzierung der Belegung 90 Wohnungen leer und ungenutzt. Bei einer monatlichen Mietzahlung von 350 Euro pro Wohnung fallen monatliche Leerstandskosten i.H.v. 31.500 Euro an. Auch in Jessen (Elster) OT Holzdorf ist ein hoher Leerstand zu verzeichnen. Zum 31.12.2016 standen von den insgesamt 80 Wohnungen 56 leer. Hier muss jedoch angemerkt werden, dass die Wohnungen sukzessive im Jahr 2016 zur Nutzung an den Landkreis Wittenberg übergeben worden sind, die letzten 30 Wohnungen zum 15.12.2016, so dass der Leerstand nicht für das ganze Jahr bestand.

Bei der Betrachtung des Kostenanstiegs spielen nicht nur die reinen Kaltmieten eine Rolle sondern auch die Betriebskosten, die stark abhängig vom Verbrauchsverhalten der Wohnraumnutzer sind. Trotz vielfacher Belehrungen zum Verbrauchsverhalten und dem Anbringen von Piktogrammen in den Wohnungen bezüglich Heiz- und Lüftungsverhalten und dem Umgang mit Wasser. Wasserverbräuche von 40 – 50 m3 sind keine Seltenheit ebenso wenig Heizkostennachzahlungen von 1.000 Euro für eine 3-Raumwohnung.

Was zu diesem Zeitpunkt nicht abzusehen war, ist die Tatsache, dass Mitte des Jahres 2016 die Zahl der Flüchtlinge drastisch abzunehmen begann.

Insbesondere wegen der rückläufigen Zuweisungen war eine weitere Nutzung der ehem. Karl-Marx-Schule nicht mehr notwendig, so dass Anfang 2017 dieses Objekt geschlossen wurde. Außerdem wurde damit begonnen, Wohnungen zu kündigen, deren Laufzeit nicht für einen festen Zeitraum vertraglich geregelt war.

Die letzte Spalte der vorstehenden Tabelle spiegelt zum Teil die abgerechneten Kosten, die für die Ermittlung des Pauschalbetrages relevant waren, wider (Personalkosten mit 20% Gemeinkostenzuschlag).

Da das Land konkrete Vorgaben gemacht hat, welche Kosten anerkannt werden und an welcher Stelle die Kostenpositionen mittels Verrechnung mit den Erträgen bereinigt werden sollen, weichen die IST-Daten aus der KLR zur Abrechnung der Kosten für die Ermittlung des Pauschalbetrages in der Darstellung voneinander ab!

Weiterhin wurden bei der Abrechnung für das Jahr 2016 Kosten aus dem Jahr 2015 mit geltend gemacht, da die Abrechnung vor Buchungsschluss (15.02.2016) des Jahres 2015 erfolgte.

Auch die zu berücksichtigenden Fallzahlen (Durchschnitt) der nicht dauerhaft aufenthaltsberechtigten Ausländer weichen voneinander ab, da jeweils unterschiedliche Rechenmethoden zur Ermittlung des Durchschnitts angewandt wurden. In der Tabelle auf Seite 4 wurden die monatlichen Personenzahlen addiert und durch 12 Monate geteilt um auf den Durchschnitt von 1.069 Personen zu kommen. Das Land dagegen errechnet den Durchschnitt quartalsweise und kommt auf 1.041 Personen.

Im Rahmen der Kostenerstattung meldete der Landkreis Wittenberg letztendlich am 15.03.2017 nachfolgend aufgeführte Kosten beim Land an:

|  |  |
| --- | --- |
| Unterbringungskosten gesamt, bereinigt um jeweilige Erträge | 6.002.429,55 € |
| Leistungen nach AsylbLG | 5.187.994,80 € |
| Personalkosten, sofern diese nicht bereits unter Pkt.1. eingerechnet wurden | 2.701.961,24 € |
| Sachkosten allg. Verwaltung | 341.696,57 € |
| **Gesamtaufwendungen/-kosten abzgl. realisierter Erträge** | **14.234.082,16 €** |
| Anerkannte Aufwendungen im Rahmen der Kostenerstattung | 12.933.704,13 € |
| **Differenz** | **1.300.378,03 €** |

Nicht berücksichtigt bzw. herauszurechnen waren:

* die Kosten der sozialen Beratung und Betreuung, die zu diesem Zeitpunkt noch nicht erstattet gewesen sind,
* Kosten der Krankenhilfe, die Ende März 2017 beim Land geltend gemacht wurden (Aufforderung, den Betrag aus Kostenerstattungsmeldung zu streichen)
* anteilige Personalkosten

Die beiden nachfolgenden Tabellen stellen die Daten der Kostenerhebungen für die Kostenpauschalen 2016 (gemeldete Daten aus 2015) und 2017 (gemeldete Daten aus 2016) dar. Für 2017 erfolgte die Erhebung und Auswertung im Rahmen der Überprüfung der Kostenpauschale durch das Ministerium für Inneres und Sport (Landräte-Schreiben Nr. 002/2017) vom 23.01.2017.

Für das Jahr 2016 wurden bislang nur Abschläge für die jeweiligen Quartale entrichtet. Eine abschließende Erstattung ist auch bis 30.06.2017 nicht erfolgt. Aus nachfolgenden Tabellen ist ersichtlich, dass mehrere Landkreise bzw. kreisfreie Städte mit der für 2016 festgelegten Pauschale nicht auskömmlich waren. Das Land hat jedoch einen einmaligen Aufschlag auf die Pauschale von 20 % in Aussicht gestellt. Bei dieser Variante werden alle dem Landkreis Wittenberg entstandenen gedeckt. Die auf vorstehend beschriebene Weise erfassten Kosten sind dann wiederum maßgeblich für die Ermittlung der Kostenpauschale 2017.

Die Kommunalen Spitzenverbände haben demgegenüber gefordert, alle für 2016 gemeldeten Kosten und nicht nur die auf vorstehend beschriebene Weise ausgeglichenen Kosten in die Pauschale einfließen zu lassen. Demnach wäre die Pauschale mit 11.000 Euro festzusetzen.

Für 2017 gibt es noch keine abschließende Festsetzung der Pauschale. Derzeit wird mit einem Pauschalbetrag in Höhe von 11.000 Euro kalkuliert.

|  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- |
| Kostenerhebung für die Pauschale 2016 des Ministerium für Inneres und Sport – Tabelle 1 (Aufwendungen/Kosten des Jahres 2015) | | | | | | | | | | | | | | | |
|  | **SAW** | **ABI** | **BK** | **BLK** | | **JL** | **MSH** | **SK** | **SLK** | **SDL** | **WB** | **DE** | **HAL** | **MD** | **Durchschnitt** |
| I. Unterbringungskosten | | | | | | | | | | | | | | | |
| A) Wohnungen | 888.784,64 | 2.565.647,20 | 1.614.844,03 | 1.702.834,17 | | 1.530.753,58 | 0,00 | 582.439,27 | 3.855.029,07 | 1.395.405,42 | 2.432.178,76 | 1.892.674,00 | 1.680.998,42 | 2.107.093,34 | *22.248.681,90* |
| B) Gemeinschaftsunterkunft | | | | | | | | | | | | | | | |
| 1. Fremdbetrieb durch Dritten | 0,00 | 1.385.304,28 | 4.081.404,34 | | 0,00 | 775.063,38 | 3.269.496,16 | 7.218.787,02 | 1.520.881,95 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 3.690.168,24 | 0,00 | 21.941.105,37 |
| 2. GU kommunal | 1.310.835,91 | 0,00 | 0,00 | | 5.047.212,11 | 0,00 | 391.096,56 | 0,00 | 1.158.548,79 | 2.405.434,60 | 753.185,89 | 383.561,27 | 0,00 | 5.591.884,99 | 17.041.760,12 |
| C) Notunterkünfte | 598.493,03 | 275.329,06 | 1.129.920,56 | | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 826.704,22 | 0,00 | 548.872,18 | 908.142,16 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 4.287.461,21 |
|  | 1.909.328,94 | 1.660.633,34 | 5.211.324,90 | | 5.047.212,11 | 775.063,38 | 3.660.592,72 | 8.045.491,24 | 2.679.430,74 | 2.954.306,78 | 1.661.328,05 | 383.561,27 | 3.690.168,24 | 5.591.884,99 | 43.270.326,70 |
| **Unterbringungskosten gesamt** | **2.798.113,58** | **4.226.280,54** | **6.826.168,93** | | **6.750.046,28** | **2.305.816,96** | **3.660.592,72** | **8.627.930,51** | **6.534.459,81** | **4.349.712,20** | **4.093.506,81** | **2.276.235,27** | **5.371.166,66** | **7.698.978,33** | ***65.519.008,60*** |
| **II. Leistungen nach AsylbLG** | **3.320.239,48** | **5.687.250,79** | **5.465.715,76** | | **8.179.565,64** | **2.422.922,04** | **5.633.188,22** | **7.039.605,27** | **5.790.130,73** | **4.152.905,47** | **3.931.670,11** | **3.369.710,45** | **11.239.855,98** | **8.990.005,22** | ***75.222.765,16*** |
| III. Soziale Betreuung | | | | | | | | | | | | | | | |
| A) Zahlungen an Dritte | 47.563,68 | 248.203,54 | 62.391,87 | | 82.463,60 | 203.743,91 | 58.969,06 | 67.077,27 | 67.301,68 | 57.551,83 | 50.789,13 | 52.671,98 | 119.858,40 | 95.133,38 |  |
| B) Durchführung mit eigenem Personal |  |  | 46.166,03 | |  | 46.881,22 |  |  |  |  |  |  |  |  |  |
| C) Erstattung Land gem. Aufnahmeerstattungs-  VO | 47.563,68 | 55.662,02 | 54.720,00 | | 79.274,20 | 49.369,64 | 58.969,06 | 67.077,27 | 53.357,48 | 46.692,89 | 42.189,13 | 40.920,07 | 119.858,40 | 97.134,90 |  |
| **Soziale Betreuung gesamt:** | **0,00** | **192.541,52** | **53.837,90** | | **3.189,40** | **201.255,49** | **0,00** | **0,00** | **13.944,20** | **10.858,94** | **8.600,00** | **11.751,91** | **0,00** | **-2.001,52** | ***493.977,84*** |
| IV. Personalkosten | | | | | | | | | | | | | | | |
| a) LeistungsSB nach AsylbLG | 132.438,60 | 307.862,16 | 477.915,16 | | 253.824,90 | 143.034,91 | 487.261,76 | 286.783,01 | 397.457,27 | 141.098,62 | 218.185,37 | 175.603,25 | 670.354,13 | 481.579,15 | *4.173.398,29* |
| *b) Sozialarbeiter sofern nicht unter Pkt. III* |  |  | *69.354,91* | | *112.674,01* |  | *34.066,21* | *31.563,29* |  |  |  |  | *42.427,34* | *81.333,94* | *371.419,70* |
| *c) Wohnungsverwaltung* |  | *98.648,74* | *21.401,84* | | *443.513,20* |  | *3.648,68* | *36.894,32* | *392.248,90* |  |  | *142.955,10* | *97.729,43* | *274.270,68* | *1.511.310,89* |
| *d) Hausmeister* |  | *47.321,70* |  | | *49.288,81* | *34.761,83* | *2.575,58* |  |  |  |  |  |  | *119.076,00* | *253.023,92* |
| e) sonstige | 291.532,86 | 16.637,60 | 166.101,72 | | 184.288,56 | 384.324,28 | 552.758,21 | 55.214,08 | 351.896,76 |  | 293.926,51 | 19.672,56 | 178.393,00 | 304.780,00 | *2.799.526,14* |
| f) 20% Overhead auf Personalkosten | 84.794,29 | 94.094,04 | 146.954,73 | | 208.717,90 | 112.424,20 | 216.062,09 | 82.090,94 | 228.320,59 | 28.219,72 | *102.422,38* | 67.646,18 | 197.780,78 | 252.207,95 | *1.821.735,79* |
| ausschl. Hausmeister u. Wohnungsverwaltung einschließl. 20% Overhead | *58.306,57* | *178.492,05* | *58.902,55* | | *628.220,12* | *118.579,05* | *118.020,75* | *55.316,00* | *541.078,03* | *0,00* | *58.785,30* | *175.480,63* | *152.953,92* | *532.972,02* | *2.677.106,99* |
| **Personalkosten gesamt:** | **508.765,75** | **564.564,24** | **940.630,91** | | **1.252.307,38** | **674.545,22** | **1.296.372,53** | **492.545,64** | **1.369.923,52** | **169.318,34** | **614.534,26** | **405.877,09** | **1.339.638,60** | **1.513.247,72** | ***10.930.414,73*** |
| V. Sachkosten allg. Verwaltung | | | | | | | | | | | | | | | |
| .- Raumkosten | 86.087,50 | 97.000,00 | 46.000,00 | | 53.484,38 | 87.300,00 | 169.263,76 | 65.766,00 | 191.575,00 | 195.794,50 | 97.000,00 | 117.855,00 | 122.937,00 | 59.941,55 | *1.390.004,69* |
| .- Telekommunikations | 2.500,00 | | 7.640,62 | 5.616,00 |  | 1.336,21 | *17.092,83* |
| .- IT-Kosten | 34.500,00 | | 42.176,25 | 46.590,97 | 67.861,00 | 118.593,31 | *309.721,53* |
| .- Geschäftskosten | 14.000,00 | | 15.281,25 | 78.496,88 |  | 261.618,96 | *369.397,09* |
| **Sachkosten gesamt:** | **86.087,50** | **97.000,00** | **97.000,00** | | **118.582,50** | **87.300,00** | **299.967,61** | **65.766,00** | **191.575,00** | **195.794,50** | **97.000,00** | **117.855,00** | **190.798,00** | **441.490,03** | ***2.086.216,14*** |
| Erträge | 48.451,65 | 99.965,87 | 0,00 | | 35.111,29 | 44.804,82 | 32.304,65 | 88.354,08 | 0,00 | 68.491,76 | 11.771,72 | 10.595,23 | 162.970,61 | 0,00 | *602.821,68* |
| **Gesamtkosten  ohne Erträge** | **6.664.754,66** | **10.667.671,22** | **13.383.353,50** | | **16.268.579,91** | **5.647.034,89** | **10.857.816,43** | **16.137.493,34** | **13.900.033,26** | **8.810.097,69** | **8.733.539,46** | **6.170.834,49** | **17.978.488,63** | **18.641.719,78** | ***153.649.560,79*** |
| **Gesamtkosten  abzgl. Erträge, Personal zzgl. Hausmeister** | **6.214.295,48** | **10.281.599,03** | **12.501.625,14** | | **15.644.492,65** | **5.091.068,72** | **9.679.464,65** | **15.700.263,70** | **13.071.187,77** | **8.640.779,35** | **8.177.790,50** | **5.940.438,03** | **16.791.803,95** | **17.661.444,08** | ***145.396.253,05*** |
| aufhältige Asylbewerber und Geduldete (Summe der durchschnittlichen Quartalszahlen) | 2.243 | 4.369 | 5.003 | | 5.127 | 1.666 | 3.734 | 5.154 | 6.541 | 3.368 | 2.887 | 2.148 | 6.567 | 6.747 | 13.889 |
|  |  |  |  | |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |
| Kosten pro Jahr / Person | 11.082,11 | 9.413,23 | 9.995,30 | | 12.205,57 | 12.223,45 | 10.369,00 | 12.184,92 | 7.993,39 | 10.262,21 | 11.330,50 | 11.062,27 | 10.227,99 | 10.470,69 | 10.468,82 |
| Kosten pro Tag / Person | 32,56 | 26,76 | 29,32 | | 34,77 | 37,15 | 31,87 | 34,31 | 23,29 | 28,67 | 33,15 | 31,48 | 30,00 | 30,28 | 28,68 |

|  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- |
| Kostenerhebung für die Pauschale 2016 des Ministerium für Inneres und Sport – Tabelle 2 (Aufwendungen/Kosten des Jahres 2016) | | | | | | | | | | | | | | | |
|  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |
|  | | | | | | | | | | | | | | | |
|  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |
|  | |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |
|  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |
|  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |
|  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |
|  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |
|  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |
|  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |
|  | | | | | | | | | | | | | | | |
|  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |
|  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |
|  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |
|  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |
| **Die Zahlen 2016 sind von einzelnen Landkreisen nicht für die Veröffentlichung freigegeben worden und werden daher nur im Ausschuss präsentiert.** | | | | | | | | | | | | | | | |
|  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |
|  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |
|  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |
|  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |
|  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |
|  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |
|  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |
|  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |
|  | | | | | | | | | | | | | | | |
|  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |
|  |  |  |  |  |  |  |  |  |
|  |  |  |  |  |  |  |  |  |
|  |  |  |  |  |  |  |  |  |
|  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |
|  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |
|  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |
|  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |
|  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |
|  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |
|  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |

Gemäß § 2 Abs. 2 Satz 1 AufnG LSA erhalten die Landkreise und kreisfreien Städte für zugewiesene Personen nach § 1 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5-8 AufnG LSA, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) beziehen, eine vierteljährliche Abschlagszahlung in Form einer Pauschale.

Analog der Verfahrensweise zum Vorjahr, erfolgte Anfang 2017 gemäß § 2 Abs. 2 Satz 3 AufnG LSA die Aufforderung, alle angefallenen Kosten des Jahres 2016 zur Überprüfung der Fallpauschale, zu melden. Diese Meldungen erfolgten dementsprechend durch alle Kommunen, jedoch wurde bisher durch das Land noch kein neuer Pauschalbetrag festgelegt. (Pauschalbeträge: 2015 = 8.600 Euro; 2016 = 10.470 Euro und 2017 voraussichtlich 10.800 Euro oder 11.000 Euro)

Die letztendlich im Rahmen der Kostenerstattung gemeldeten Erträge und Aufwendungen des Landkreises Wittenberg für das Jahr 2016 wurden bei der Berechnung berücksichtigt. Die Erstattung erfolgte bislang nur auf Basis von Abschlägen der für das Quartal jeweils gemeldet Leistungsbezieher. Laut der Berechnungen vom Land ist jedoch davon auszugehen, dass für 2016 wiederum eine Spitzabrechnung erfolgen wird und somit alle gemeldeten Aufwendungen / Kosten dem Landkreis erstattet werden.

Unter Berücksichtigung aller in der Umfrage aufgeführten Aufwendungen/Kosten (Gesamtkosten) des Jahres 2016 wurde ein durchschnittlicher Tagessatz für das Land i.H.v. 30,35 Euro ermittelt; für das Jahr 2015 lag dieser Durchschnitt bei 28,68 Euro somit liegt eine Kostensteigerung um 6% vor.

Der Landkreis Wittenberg liegt mit einem Tagessatz von 34,04 Euro über dem Landesdurchschnitt. Es gibt lediglich sechs Landkreise die unter dem Durchschnitt des Landes liegen und weitere zwei, die über dem Durchschnitt des Landkreises Wittenberg liegen. Eine Analyse aus den Daten der Kostenerhebung, warum der Tagessatz deutlich über dem Landesdurchschnitt liegt, gestaltet sich aufgrund der vorhandenen Datenlage recht schwierig.

Um einen direkten Vergleich zu haben, müssten alle Landkreise und Kreisfreien Städte die gleichen Vorgehensweisen aufweisen. Offenkundig ist dies bei Betrachtung der Kostenerhebung für die Pauschale 2016 nicht der Fall. Die Landkreise Anhalt-Bitterfeld, Jerichower Land und die Stadt Magdeburg weisen keine Personalkosten für die Soziale Betreuung der untergebrachten Flüchtlinge aus. Dies legt die Schlussfolgerung nahe, dass die soziale Betreuung nicht durch Mitarbeiter der Kommune selbst erbracht wird, sondern durch Drittanbieter. Auf entsprechende Anfrage wurde dies bestätigt.

Ähnlich verhält es sich auch bezüglich der nicht ausgewiesenen Kosten für Wohnungsverwaltung und Hausmeister in einzelnen Landkreisen. Auf Anfrage wurde mitgeteilt, dass diese Bereiche ebenfalls an Drittanbieter vergeben worden sind bzw. durch andere Bereiche übernommen werden oder sogar im Rahmen von Arbeitsgelegenheiten oder über Integrationslotsen erfüllt werden.

Hier stellt sich die Frage, ob alle anderen Aufnahmekommunen sämtliche angefallenen Kosten dem Land gemeldet haben. Im Altmarkkreis Salzwedel erfolgte die Unterbringung durch einen sogenannten Regiebetrieb des Landkreises. Auch dafür fallen Personalkosten an, aber im Erhebungsbogen sind derartige Kosten nicht ausgewiesen. Im Landkreis Stendal werden die Wohnungen über einen Eigenbetrieb verwaltet. Die dadurch entstehenden Kosten werden diesem zugeschlagen und werden nicht wirksam bei der Ermittlung der Pauschale. Der Landkreis Wittenberg hat demgegenüber alle im Zusammenhang mit der Unterbringung und Betreuung von zugewiesenen Personen angefallenen Kosten dem Land gemeldet, auch anteilige Personalkosten anderer Fachdienste, z.B. dem Fachdienst Jugend und Schule, Gesundheit, der Ausländerbehörde und der Koordinierungsstelle Migration.

Aber auch wenn einzelne Aufnahmekommunen bestimmte Aufgaben durch Dritte ausführen lassen, kann nicht pauschal daraus geschlussfolgert werden, dass diese Kommunen besonders niedrige Kosten ausweisen. Die Landkreise Börde, Jerichower Land, der Saalekreis, der Burgenlandkreis und die Landeshauptstadt Magdeburg liegen dennoch über der Pauschale von 10.470 Euro. Der Landkreis Stendal hingegen war mit der Pauschale auskömmlich.

Dafür ist der Landkreis Stendal in die Lage versetzt, flexibel auf veränderte Bedarfe zu reagieren, weil nach dortiger Auskunft die Mietverträge für Wohnungen mit der gesetzlichen Frist von 3 Monaten gekündigt werden können, wodurch Leerstandskosten vermeidbar sind. Ähnlich ist die Situation in Anhalt-Bitterfeld, wo überwiegend unbefristet Mietverträge abgeschlossen werden konnten und auch keine eigenen Übergangswohnheime bestehen. Der Landkreis Salzwedel ist in die Lage versetzt, zur Unterbringung teilweise auf eigene Liegenschaften zurückzugreifen und damit Mietkosten einspart, was deutlich bei den Unterbringungskosten erkennbar ist.

Augenscheinlich hat der Burgenlandkreis eine um 1/3 höhere Aufnahmequote als der LK WB, jedoch im Verhältnis betrachtet, deutlich mehr Personen zugewiesen bekommen; der Landkreis Mansfeld Südharz bei ähnlicher Aufnahmequote ca. 1/3 mehr Personen zugewiesen bekommen und der Landkreis Stendal bei um 1/3 niedriger Aufnahmequote geringfügig mehr Personen zugewiesen erhalten. Deutlicher noch fällt ein Vergleich mit der Stadt Halle aus. Bei einer um 2/3 höheren Aufnahmequote wurden 2,5-mal so viele Personen zugewiesen



Damit lässt sich auch feststellen, dass die Verteilung der nicht dauerhaft aufenthaltsberechtigten Ausländer nicht nach der vom Land vorgegebenen Quote erfolgt. Unter ähnlichen Bedingungen würde sich für den Landkreis Wittenberg ein deutlich reduzierter Tagessatz errechnen. Der Landkreis Wittenberg hat allerdings keine Möglichkeit der Einflussnahme auf die Zuweisung von Flüchtlingen in einzelne Landkreise.

|  |  |  |  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- |
| **Landkreise** | **Aufnahme-quote** | **Unter-bringung** | **Verhältnis** | **Leistungen nach AsylbLG** | **Verhältnis** | **Personal- kosten** | **Verhältnis** |
| SAW - Altmarkkreis Salzwedel | 4,3 | 3.479.717,24 | 809.237 | 4.535.412,69 | 1.054.747 | 1.130.276,05 | 262.855 |
| ABI - Anhalt-Bitterfeld | 7,8 | 6.036.037,30 | 773.851 | 6.802.197,58 | 872.077 | 1.301.606,57 | 166.873 |
| BK - Börde | 8,4 | 10.808.186,83 | 1.286.689 | 7.644.934,06 | 910.111 | 1.365.795,72 | 162.595 |
| BLK - Burgenlandkreis | 8,6 | 9.459.876,92 | 1.099.986 | 10.582.284,62 | 1.230.498 | 2.086.686,11 | 242.638 |
| DE – Dessau-Roßlau | 4,1 | 3.551.433,90 | 866.203 | 3.582.120,45 | 873.688 | 830.950,60 | 202.671 |
| HAL - Halle | 10,6 | 10.595.754,59 | 999.599 | 15.915.399,75 | 1.501.453 | 2.417.827,20 | 228.097 |
| HZ - Harz | 5,4 | 1.804.758,45 | 334.215 | 657.154,05 | 121.695 | 717.972,50 | 132.958 |
| JL - Jerichower Land | 4,2 | 3.500.283,28 | 833.401 | 2.785.177,35 | 663.137 | 1.283.290,62 | 305.545 |
| MD - Magdeburg | 10,8 | 14.404.784,44 | 1.333.776 | 9.928.435,27 | 919.300 | 2.380.194,64 | 220.388 |
| MSH - Mansfeld-Südharz | 6,9 | 5.838.246,26 | 846.123 | 6.288.795,39 | 911.420 | 1.629.338,11 | 236.136 |
| SK - Saalekreis | 9,0 | 11.168.426,95 | 1.240.936 | 7.383.638,48 | 820.404 | 896.295,04 | 99.588 |
| SLK - Salzlandkreis | 9,4 | 10.531.915,79 | 1.120.417 | 8.357.714,14 | 889.118 | 1.685.267,28 | 179.284 |
| SDL - Stendal | 4,2 | 4.454.877,29 | 1.060.685 | 4.766.800,49 | 1.134.952 | 1.537.487,83 | 366.069 |
| WB - Wittenberg | 6,3 | 6.002.429,55 | 952.767 | 5.187.994,80 | 823.491 | 2.701.961,24 | 428.883 |
| Summe/Durchschnitt |  | 101.636.728,79 | 968420 | 94.418.059,12 | 909.006 | 21.964.949,51 | 231.038 |

Setzt man bspw. die Kosten der Unterbringung in das Verhältnis mit der Aufnahmequote, dann liegt der Landkreis bei durchschnittlichen Kosten.

Auch bei der Betrachtung der reinen Kosten nach dem AsylbLG ist der Landkreis als unterdurchschnittlich einzuordnen.

Lediglich bei den Personalkosten liegt der Landkreis Wittenberg deutlich über dem Landesdurchschnitt. Dies ist wie oben dargestellt, auf den als notwendig erachteten Personalaufwuchs zurückzuführen und auch darauf, dass der Landkreis Wittenberg alle Aufgaben im Zusammenhang mit der Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen selbst durch eigenes tarifgebundenes Personal wahrnimmt. Der Personalaufwuchs erfolgte durch die befristete Einstellung zusätzlichen Personals. Das Auslaufen dieser Arbeitsverträge erfolgt ab Oktober 2017 bis Anfang 2018. Hierbei und bei der künftigen Personalbemessung sollte jedoch nicht nur der reine Bestand an nicht dauerhaft aufenthaltsberechtigten Ausländern und die zu erwartenden Zuweisungen betrachtet werden. Zu berücksichtigen ist, dass dem Landkreis im Bereich der Wohnungsverwaltung eine Verkehrssicherungspflicht für den angemieteten Wohnraum obliegt, weiterhin Umzüge zur Optimierung der Belegung und Freilenkung kündbarer Wohnungen erfolgen werden/müssen, verursachte Schäden durch die Nutzer in Regress zu stellen und zu beseitigen sind. Auch sind die Wohnungen bei Beendigung der Mietverträge in vertraglich geschuldetem Zustand zurückzugeben. Weiterhin hat sich gezeigt, dass ein schonender Umgang der zur Verfügung gestellten Wohnungen durch die Bewohner überwiegend nicht erfolgt. Die Wiederherrichtung dieser ist mit hohen Kosten verbunden, es müssen notwendige Aufträge ausgelöst, überwacht und abgerechnet werden.

Im Bereich der sozialen Betreuung steigt der Bedarf stetig. Viele Geflüchtete haben andere Erwartungen an ein Leben in Deutschland. Sie kommen nicht mit der hiesigen Lebensweise zurecht oder zeigen Verhaltensauffälligkeiten als Spätfolgen der Flucht. Auch die Angst vor Ablehnung ihres Asylantrages und der damit verbundenen Abschiebung, macht es für die Betroffenen nicht einfacher. Hinsichtlich des Personalbestandes ist zudem darauf hinzuweisen, dass dieser nicht gänzlich nach vorgegebenen Betreuungsschlüsseln abgebaut werden kann. Beispielsweise lebt ein Großteil der nicht dauerhaft aufenthaltsberechtigten Ausländer sowie auch der bereits anerkannte Flüchtlinge in Wohnungen, die im ganzen Landkreis verteilt sind (Flächenlandkreis -> größere Fahrtstrecken).

# Maßnahmen zur Kostensenkung

Auch wenn für das Jahr 2016 erkennbar ist, dass alle dem Landkreis Wittenberg entstandenen Kosten für die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen wie oben ausgeführt erstattet werden, muss für die Zukunft ein Weg gefunden werden, die Kosten so zu senken, dass die Fallpauschale auskömmlich ist.

Ein erster Schritt in diese Richtung war die Schließung des Übergangswohnheimes in Wittenberg zum 01.02.2017. Dadurch entfallen nicht nur die Unterhaltungs- und Verbrauchskosten, sondern auch die zusätzlichen Aufwendungen für das Catering.

Weiterhin wurden mit der neuen Eigentümerin der Liegenschaft in Jessen (Elster) OT Holzdorf vor dem Hintergrund der deutlich zurückgegangenen Zuweisungen Gespräche geführt, um eine Änderung des Mietvertrages dahingehend zu bewirken, dass nicht alle der 80 Wohnungen abgenommen werden müssen. Ein Rechtsanspruch auf Vertragsanpassung besteht jedoch nicht. Demgemäß ließ sich die neue Eigentümerin auch nicht auf eine geringere Anzahl zu übernehmender und zu bezahlender Wohnungen ein. Allerdings war sie bereit, dem Landkreis insoweit entgegenzukommen, dass für die Beendigung des Mietvertrages ein einheitlicher Zeitpunkt für alle Wohnungen gelten soll und nicht wie vertraglich vereinbart, eine Laufzeit von 5 Jahren ab Übergabe. Damit können alle Wohnungen in Jessen (Elster) OT Holzdorf zum 31.12.2020 gekündigt werden. Daraus resultierend werden zwar kurzfristig keine Einsparungen erzielt, aber mittelfristig ca. 50.000 Euro im Vergleich zu dem ursprünglichen Vertrag.

Wie bereits ausgeführt, wurden im Hinblick auf die Situation in Vockerode Gespräche mit dem Insolvenzverwalter bzw. der Sparkasse geführt, die letztlich aber keine Änderungen ergaben.

Mit der gesunkenen Anzahl der in Vockerode untergebrachten Personen, dem Umstand, dass Vorfälle, die ein Eingreifen des Sicherheitsdienstes erforderten ab dem 3. Quartal 2016 sich kaum noch ereigneten und den positiven Erfahrungen in Jessen (Elster) OT Holzdorf, wurde der Bewachungsvertrag dahingehend abgeändert, dass ab 07/2017 nur eine Bestreifung des Objektes erfolgt. Die monatliche Einsparung hierdurch beläuft sich auf ca. 6.200 Euro.

Ähnlich wurde mit der Bewachung des Übergangswohnheimes in Coswig verfahren. Nach dem Mietvertrag sind 2 zertifizierte Sicherheitskräfte zu stellen. Da das Objekt nicht voll belegt ist und zudem keine Übergriffe von außen stattfanden, innerhalb des Objektes bestand/besteht jedoch Handlungsbedarf, wurde das Sicherheitspersonal auf einen Mitarbeiter reduziert. Der Vermieter hat dies zwar moniert, aber letztlich toleriert er es derzeit. Damit wird eine monatliche Einsparung von ca. 15.000 Euro seit August 2016 erzielt.

Aufgrund der Verringerung der Zuweisungen wurden bereits im Jahr 2016 68 Wohnungen (317 Wohnplätze) im gesamten Kreisgebiet gekündigt. Das ergab eine Einsparung der Kosten (Miete, Energie) von bis zu monatlich 33.100,72 Euro je nach Kündigungsmonat.

Im Jahr 2017 wurden bereits weitere 94 Wohnungen / 510 Wohnplätze gekündigt. Die Einsparung der Kosten (Miete, Energie) wird sich auf monatlich bis zu 51.641,11 Euro je nach Kündigungsmonat belaufen.

Die Belegung der Wohnungen wird ständig optimiert. Es werden verstärkt Wohnungen mit Zeitmietverträgen genutzt um dadurch unbefristete Mietverträge kündigen zu können.

Aus nachfolgender Übersicht geht hervor, wie sich der Bestand an angemieteten Wohnungen entwickeln könnte unter der Maßgabe, dass der Bedarf weiterhin rückläufig bleibt und eine maximale Reduzierung vorgenommen wird. Dabei ist davon auszugehen, dass die durchschnittliche Belegung einer Wohnung mit 5 Personen erfolgt. Zum 31.12.2016 waren 776 Personen im Leistungsbezug und folglich nach dem AufnG LSA unterzubringen. Es bestand ein tatsächlicher Bedarf von 154 Wohnungen. Hierbei ist jedoch nicht berücksichtigt, dass nicht alle Plätze belegbar sind, weil religiöse und familiäre Gründe zu berücksichtigen sind sowie auch unterschiedliche Nationalitäten. Damit sollten 170 Wohnungen als notwendig erachtet werden. Ebenfalls zu berücksichtigen wäre, dass ein Bestand für künftige Transfers vorzuhalten ist. Eine genaue Größe ist schwer anzugeben. Die Transfers beliefen sich Ende 2016 durchaus noch auf 25 Personen, die in einer Woche zugewiesen worden waren und durchaus auch 2 Wochen hintereinander. Auf Empfehlung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes sollte im Zusammenhang mit den ungewissen Zahlen des Familiennachzuges bei anerkannten Flüchtlingen Wohnraumreserve vorgehalten werden. Im Landkreis Wittenberg leben derzeit 338 Ausländer denen nur der Status eines subsidiär Schutzberechtigen zuerkannt worden ist, verbunden mit der Aussetzung des Familiennachzuges bis Anfang 2018.

Sollten nur nicht dauerhaft aufenthaltsberechtigte Ausländer zugewiesen werden, besteht ein Bedarf von 180 – 185 Wohnungen. Dieser Idealwert kann frühestens aufgrund der vertraglichen Bindung der Wohnungen 2020 erreicht werden.

Unberücksichtigt bleibt hierbei aber die Situation auf dem allgemeinen Wohnungsmarkt für bereits anerkannte Flüchtlinge. Zum 31.12.2016 waren gut 375 Personen mit Aufenthaltstitel in den Wohnungen des Landkreises Wittenberg gegen Kostenerstattung untergebracht, was einem zusätzlichen Bedarf von 75 Wohnungen entspricht. Damit könnte schon Ende 2018 ein bedarfsdeckender Wohnungsbestand herbeigeführt werden, soweit die Übergangswohnheime nicht länger betrieben werden würden.

Aktuell ist der Landkreis Wittenberg noch an 295 Mietverträge gebunden. Davon sind 42 unbefristet, die sich bis auf eine Wohnung in der Lutherstadt Wittenberg befinden.

Die Kündigung dieser Wohnungen und der Umzug der Bewohner nach Jessen (Elster) OT Holzdorf wäre eine Variante.

Zu bedenken ist jedoch, dass in 25 Wohnungen Familien mit Kindern leben. Es werden zusätzliche Kapazitäten in den Kindereinrichtungen und Schulen benötigt. Die ärztliche Versorgung müsste auch sichergestellt werden. Bereits jetzt können in Jessen (Elster) OT Holzdorf nicht allen Kindern Betreuungsplätze zur Verfügung gestellt werden, so dass frühkindliche Bildung und Vorbereitung auf die Schule nicht gewährleistet werden können. Eine nachhaltige Integration kann so nicht erfolgen und gelingen.

Es wurde weiterhin überprüft, ob mit der Schließung der Übergangswohnheime (ÜWH) verbrauchsabhängige Kosten eingespart werden können.

Im ÜWH Coswig leben durchschnittlich 120 Bewohner. Allein die Heizkosten belaufen sich auf ca. 60.000 Euro / Jahr.

Eine Unterbringung in Jessen (Elster) OT Holzdorf wurde geprüft, da dort noch ausreichend Wohnraum vorhanden ist.

Nach Aussage der Immacon GmbH, der Verwalterin des Objektes, belaufen sich die Heizkosten für eine Wohnung in Jessen (Elster) OT Holzdorf bei Leerstand auf ca. 250 Euro / Jahr und bei Nutzung auf ca. 1.728 Euro/Jahr (2,00 Euro/qm/Monat). Die Betriebskostenabrechnungen in Wittenberg, Coswig und Gräfenhainichen belegen, dass diese Kalkulation nicht zu hoch ist, teilweise aber auch nicht auskömmlich ist.

Bei einem Leerzug des ÜWH Coswig werden ca. 20 Wohnungen benötigt.

Die Heizkosten würden bei 20 Wohnungen im bewohnten Zustand ca. 34.560 Euro/Jahr betragen (2,00 Euro x 72 qm x 20 WE x 12 Monate). Bei Leerzustand belaufen sich die Kosten auf ca. 5.000 Euro (250,00 Euro x 20 WE).

Das ergibt bei einer Belegung zusätzliche Heizkosten von insgesamt ca. 29.560 Euro.

Gegenüber den Heizkosten im ÜWH Coswig käme es auf den ersten Blick zu einer Ersparnis von 25.440 Euro (60.000 Euro - 34.560 Euro).

Jedoch ist auch bei Leerstand des ÜWH Coswig eine Grundbeheizung erforderlich. Dazu wurden die Heizkosten der ehemaligen Karl-Marx-Schule (KMS) bei Leerstand betrachtet. Diese beliefen sich auf durchschnittlich 3.500,00 Euro/Monat (1.600 Euro im Juni 2016; 5.400 Euro im Februar 2017). Das entspricht ca. 42.000 Euro/Jahr. Folglich sind Einsparungen durch die Schließung des ÜWH nicht zu verzeichnen.

Alternativ könnte die Schließung des ÜWH in Gräfenhainichen in Betracht kommen. Im ÜWH Gräfenhainichen leben durchschnittlich 54 Personen. Die Heizkosten belaufen sich aufgrund der neueren Bausubstanz auf nur 5.700 Euro/Jahr. Demgegenüber belaufen sich die Heizkosten für eine Wohnung in Jessen (Elster) OT Holzdorf bei Leerstand auf ca. 250 Euro / Jahr und bei Nutzung auf ca. 2,00 Euro/qm/Monat. Bei einem Leerzug des ÜWH Gräfenhainichen werden ca. 9 Wohnungen benötigt. Die Heizkosten würden bei 9 Wohnungen im bewohnten Zustand ca. 15.552 Euro/Jahr betragen (2,00 Euro x 72 qm x 9 WE x 12 Monate). Bei Leerzustand der Wohnungen in Jessen (Elster) OT Holzdorf belaufen sich die Kosten auf ca. 5.000 Euro (250,00 Euro x 9 WE). Das ergibt bei einer Belegung zusätzliche Heizkosten von insgesamt ca. 13.352 Euro. Bereits hierdurch würden Mehrkosten entstehen ohne eine Grundbeheizung des ÜWH zu berücksichtigen.

In beiden Fällen hat die Höhe der sonstigen Betriebskosten (Wasser, Abwasser, Strom etc.) kaum Auswirkungen, da das Verbrauchsverhalten der Bewohner ähnlich sein wird.

Zudem befürwortet das Landesverwaltungsamt die Nutzung von Übergangswohnheimen wegen der hohen Flexibilität und der Bündelung der Betreuung.

Weiterhin erfolgte eine Minimierung der Personalkosten durch Verzicht auf Ersatzbesetzung für Elternzeiten, durch auf Anregung des Arbeitgebers erfolgte Bewerbungen einiger Mitarbeiter auf freie Stellen innerhalb der Verwaltung und dadurch realisierte Umsetzungen in andere Bereiche der Verwaltung und durch Auslaufen der Personalüberlassung.

# Fazit

Die Gesamtübersicht der Kosten aller Aufnahmekommunen im Land Sachsen-Anhalt belegt, dass der Landkreis Wittenberg derzeit überdurchschnittliche Kosten aufweist. Die ursprüngliche Planungsannahme, dass die Kostenpauschale des Landes für die Aufgabenerfüllung auskömmlich sein muss, wurde sowohl im Haushaltsjahr 2015 als auch im Haushaltsjahr 2016 nicht eingehalten.

Ein finanzieller Schaden ist dem Landkreis Wittenberg daraus allerdings nicht entstanden, da sich das Land bisher bereit erklärt hat, entweder die tatsächlich entstanden Kosten zu erstatten (Haushaltsjahr 2015) oder neben der Kostenpauschale einen einmaligen Aufschlag von 20% zu berücksichtigen (Haushaltsjahr 2016).

Es ist jedoch davon auszugehen, dass das Land zukünftig keine zusätzlichen Erstattungen neben der Kopfpauschale leisten wird, um die Aufgabenträger zu einer wirtschaftlichen Aufgabenerfüllung zu animieren. Daher sind weitere Anstrengungen des Landkreises Wittenberg unerlässlich, um mit der Kostenpauschale die Aufgabe vollumfänglich zu erfüllen.

Es ist schwierig, die Fixkosten der Verwaltung schnell an veränderte Flüchtlingszahlen anzupassen. Sowohl das notwendige Personal als auch die notwendigen Unterbringungskapazitäten sind längerfristig an den Landkreis Wittenberg gebunden, so dass keine Flexibilität besteht. Hier muss durch genauere Prognosen und flexiblere Vertragsgestaltungen auf veränderte Bedarfe reagiert werden.

Die Maßnahmen zur Kostensenkung, die im Punkt 3 aufgeführt wurden, werden auch in den kommenden Monaten fortgeführt und bei Bedarf erweitert.

Zu berücksichtigen ist jedoch, dass eine Kostensenkung zwangläufig zu anderweitigen Zielkonflikten führt. Beispielsweise könnten zur Leerstandsvermeidung sämtliche Wohnungen mit unbefristeten Mietverträgen fristgerecht gekündigt werden. Dies hätte zur Folge, dass in der Lutherstadt Wittenberg kaum noch Flüchtlinge untergebracht werden. Der Landkreis würde dann die Flüchtlinge in Vockerode und Jessen (Elster) OT Holzdorf konzentrieren müssen.

Ursprüngliches Ziel der Asylpolitik des Landkreises Wittenberg war ~~ist~~ es, die nicht dauerhaft aufenthaltsberechtigten Ausländer und die Ausländer mit einem Aufenthaltstitel orientierend an den Einwohnerzahlen der Kommunen möglichst gleichmäßig im Landkreis zu verteilen. Durch den starken Rückgang der Zuweisungszahlen kann dieses Ziel nicht mehr eingehalten werden.

Bis Mitte März 2016 war der Landkreis Wittenberg durch flächendeckende Anmietung von Wohnungen und Objekten im gesamten Kreisgebiet in die Lage versetzt, für alle aufzunehmenden Asylbewerber eine entsprechende Unterbringung, Versorgung und soziale Betreuung sicherzustellen.

# Ausblick

Anhand der nachfolgenden Grafik wird zunächst die Entwicklung der „Prosoz“- Fall-/Personenzahlen lt. für den Zeitraum 01/2016 bis 06/2017 dargestellt.

Die Entwicklung der Flüchtlingszahlen kann nicht sicher vorhergesagt werden. Der Bund hat hierzu keine verwertbaren Prognosen aufgestellt.

Das Land Sachsen-Anhalt hat zumindest anhand der letztjährigen Entwicklung eine vorsichtige Prognose aufgestellt. Danach rechnet das Land Sachsen-Anhalt in den Jahren 2017 und 2018 mit konstanten Zuweisungen von 5.600 Personen jährlich. Auf Basis diese Annahme wurde prognostiziert, dass dem Landkreis Wittenberg 346 nicht dauerhaft Bleibeberechtigte zugewiesen werden müssten. Diese Prognosen scheinen sich zumindest für das Jahr 2017 aktuell zu bestätigen. Seit Jahresbeginn reisten monatlich ca. 15.000 neue Asylsuchende nach Deutschland ein. Nach dem Königsteiner Schlüssel würden auf Sachsen-Anhalt etwa 420 Personen monatlich entfallen; jährlich 5.040 Personen und damit auf den Landkreis Wittenberg 318 Personen. Nachdem Anfang 2017 erhebliche Zuweisungen erfolgten, waren in der Folge kaum Transfers zu verzeichnen. Dies hat sich seit Anfang Juli 2017 wieder gewandelt. Durch das Landesverwaltungsamt wurde die Aussage getroffen, dass aktuell die Asylbewerber verteilt werden, die vor 6 Monaten nach Deutschland eingereist sind. Diese Personen müssen nach 6-monatigem Aufenthalt in einer Landesaufnahmeeinrichtung auf die Landkreise verteilt werden. Da seit Anfang 2017 monatlich ca. 15.000 Asylsuchende neu nach Deutschland eingereist sind, würde dies bedeuten, dass bis Jahresende regelmäßige Zuweisungen erfolgen müssten. Bereits oben wurde ausgeführt, dass die Zuweisungen nicht gemäß der festgelegten Quote erfolgten, bestimmte Landkreise bzw. kreisfreie Städte überproportional begünstigt worden sind.

Erfahrungsgemäß haben sich die Flüchtlingszahlen in den Sommermonaten erhöht. Nicht prognostizierbar sind zudem die Entwicklung in der Türkei und die Situation in Griechenland und Italien. Beide Länder sehen sich nicht mehr in der Lage, die ankommenden Flüchtlinge aufzunehmen.

Völlig ungeklärt sind die Zahlen und die Zuständigkeiten im Rahmen des Familiennachzuges von anerkannten Flüchtlingen. Die nachreisenden Personen fallen mangels Zuweisung nicht unter das Aufnahmegesetz. Ein Verlagern der Zuständigkeit für die nachreisenden Personen auf die Kommunen ist allerdings auch unwahrscheinlich. Hier bleibt also abzuwarten, welche Zuständigkeiten und welche Kostenerstattungsregelungen durch den Landesgesetzgeber getroffen werden. Der Landkreis Wittenberg wird für diesen Personenkreis entsprechend der Empfehlungen des Deutschen Städte- und Gemeindebundes eine gewisse Wohnraumreserve aus den Leerstandswohnungen vorhalten.

Für weitere Prognosen und Planungen stellen die Fallzahlen das größte Problem dar. Ohne konkretes Zahlenmaterial wird es immer schwierig sein festzulegen, wie viele Wohnungen bzw. Wohnheimplätze sowie auch das betreuende Personal vorgehalten werden müssen.

Für das Haushaltsjahr 2017 wird aktuell eine Fallzahl im Jahresdurchschnitt von 700 Personen prognostiziert. Unter Berücksichtigung der von den Landkreisen geforderten Kostenpauschale von 11.000 Euro pro Person ergibt sich ein Budget zur Aufgabenerfüllung von 7,7 Mio. Euro. Hinzu kommen Erträge aus Kostenersatzforderungen (30 T€), aus Erstattungen für Krankenhilfeleistungen (150 T€) und die Landeserstattung der gesonderten Beratung und Betreuung (144 T€).

Die aktuelle Hochrechnung der Kosten (Prognose zum Quartalsbericht per 30.06.2017) ergibt folgende Werte:

* Personalkosten 1,4 Mio. €
* Regelleistungen 3,1 Mio. €
* Unterbringungskosten 3,5 Mio. € (unter Berücksichtigung der Mieterträge der untergebrachten Flüchtlinge mit Titel)
* Sonstige Kosten 1,4 Mio. €

Die Gesamtkosten des Jahres 2017 belaufen sich wahrscheinlich auf 9,4 Mio. Euro, so dass aktuell eine Deckungslücke von rund 1,4 Mio. Euro zu erwarten ist. Der Kostendeckungsgrad beträgt demnach lediglich 85,4 %. Eine Ursache ist die bereits beschriebene aktuelle Leerstandsquote von 50,6 %, welche nicht kurzfristig reduziert werden kann.

Auch für die aktuelle Haushaltsplanung 2018 wurden bereits entsprechende Prognosen angestellt. Ausgehend von einer Fallzahl von 750 Personen, stehen aus der Pauschalerstattung rund 8,25 Mio. Euro zur Verfügung. Weitere Erträge werden aus Kostenbeiträgen, aus Erstattungen für Krankenhilfeleistungen und aus der Erstattung für die gesonderte Beratung und Betreuung generiert. Insgesamt werden rund 8,7 Mio. Euro zur Verfügung stehen.

Kostenseitig sind folgende Entwicklungen zu erwarten:

* Personalkosten 1,5 Mio. €
* Regelleistungen 3,5 Mio. €
* Unterbringungskosten 3,2 Mio. € (unter Berücksichtigung der Mieterträge der untergebrachten Flüchtlinge mit Titel)
* Sonstige Kosten 0,5 Mio. €

Damit wird planungsseitig eine Auskömmlichkeit der Pauschalerstattung unterstellt. Die Verwaltung wird im Rahmen der Ausführung des Haushaltsplanes und des Controllings alle Anstrengungen unternehmen, um diese Planungsannahme zu realisieren.

Zusammenfassend ist anzumerken, dass die Entwicklung der Flüchtlingszahlen nicht vorhersehbar ist. Durch das einzuführende Controlling sind Aufwand und Nutzen stetig zu überwachen, damit kurzfristig auf Veränderungen reagiert werden kann, um zeitnah eine Auskömmlichkeit der Landeszuweisungen herbeizuführen.

Landkreis Wittenberg 11.August 2017

FDL Asylangelegenheiten